



Im Fall eines drohenden Zugriffs auf eigene Daten von außen hätte wohl jeder Mitarbeiter einer Gemeinde gern eine solche Warnmeldung. Ein Projekt der Hochschule Ludwigsburg hat ein Notfallmanagement speziell für Kommunen erarbeitet. FOTO: BAUR



## Projekt 5 Ludwigsburg

# Allzeit gewappnet für den Ernstfall eines Cyberangriffs sein

Ein Allheilmittel gegen Hackerangriffe gibt es für Kommunen nicht. Doch gezielte Vorbereitung kann die Schäden eines Cyberangriffs minimieren. Das soll ein Projekt der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg beweisen.

Von Tilman Baur

**LUDWIGSBURG.** Montagmorgen im Rathaus einer Stadt in Baden-Württemberg. Die Mitarbeiter der Verwaltung beginnen ihren Arbeitstag, fahren ihre Rechner hoch und haben plötzlich keinen Zugang zu ihren Benutzerkonten mehr! Hacker haben das IT-Netzwerk angegriffen. Sie haben einen Trojaner eingespeist, der sämtliche Daten verschlüsselt, und fordern nun Lösegeld von der Stadt für die Entschlüsselung. Besonders brisant wird die Lage auch dadurch, dass die Verwaltung gerade erst die Digitalisierung aller Aktenbestände abgeschlossen hat – ein Papierverkehr ist also ausgeschlossen.

### Maßgeschneidertes kommunales Notfallmanagement ist künftig nötig

Da zwischenzeitlich auch Bürgeranliegen nicht mehr bearbeitet werden können, gelangt der Vorfall wenig später an die Öffentlichkeit. Dieses Horrorszenario könnte Kommunen künftig drohen, die sich nicht ausreichend auf Cyberattacken vorbereitet haben. Das zumindest glauben Moritz Huber und

Regina Holzheuer, die Lehrbeauftragte des berufs begleitenden Masterstudiengangs Public Management der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg (HVF) sind.

Sie sind überzeugt davon, dass Standard-Maßnahmen zur Prävention von Cyberkriminalität allein nicht mehr ausreichen. Als Lösung schlagen sie ein maßgeschneidertes kommunales Notfallmanagement vor, das dazu beiträgt, die Arbeitsfähigkeit einer Stadt während und nach einem Cyberangriff aufrecht zu erhalten. Fünf Studierende sollen die Grundlagen für das Notfallmanagement zusammen mit einer kooperierenden Kommune aus Baden-Württemberg erarbeiten. „Mit unserem Projekt wollen wir ein Bewusstsein für die Bedrohung schaffen und zudem mögliche Gegenstrategien untersuchen“, sagt Moritz Huber.

Denn die Folgen des Szenarios können gravierend sein. Ein Cyberangriff kann alle wesentlichen Prozesse einer ungeschützten Stadt sabotieren. Hacker könnten Wasserwerke, Transport- und Logistikkäufe, Prozesse in kommunalen Krankenhäusern, im Rettungswesen, in Verkehrsleitzentralen oder bei der Müllabfuhr lahmlegen, sagt Regina Holzheuer. Ein Super-Gau droht auch beim Diebstahl personenbezogener Daten: Er würde das Vertrauen der Bevölkerung in die Verwaltung untergraben.

Ziel des dreisemestrigen Projekts ist es, die Studierenden als (angehende) Führungskräfte handlungsfähig zu machen. „Wir wollen vermitteln, wie wichtig Daten für Ent-



scheidungsträger sind und warum es nötig ist, die schnelle Funktionsfähigkeit der Verwaltung nach einem Cyberangriff wiederherzustellen“, so Holzheuer. Kernbestandteil des Projekts ist eine Business-Impact-Analyse, bei der die Studierenden mehrere Geschäftsprozesse untersuchen. Auf diese Weise identifizieren sie, welche Abhängigkeiten es gibt und welche Geschäftsprozesse besonders kritisch sind.

### Interessierte Kommunen würden eine Art Consulting erhalten

Huber und Holzheuer suchen noch eine Kooperationskommune. Zwar könnten die fünf Studierenden kein komplettes Notfallmanagementsystem für sie liefern, so Moritz Huber. Zeit und personelle Kapazitäten reichten dafür nicht.

Dennoch würde die betreffende Kommune profitieren. „Wir bieten eine Art Consultinglight“, so Huber. Mit dem Projekt stelle man ein Fundament zur Verfügung, auf dem Experten weiter aufbauen können. Zudem stehe man für Fachfragen rund um die Themen Cybersecurity und Notfallmanagement im Gemeinderat bereit.

Die Kommune hätte wenig Aufwand. Sie müsste nur drei bis fünf Ansprechpartner bereitstellen, die sich von den Studierenden über einen Zeitraum von sechs Monaten jeweils einmal interviewen lassen. „Unsere Studierenden haben jahrelange Berufserfahrung in der Verwaltung und sind gestandene Persönlichkeiten“, so Moritz Huber.